

Haushaltsrede der CDU Fraktionsvorsitzenden Elke Middendorf zum Haushalt 2010/2011 am 18.03.2010 im Rat der Stadt Bergkamen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

langsam fehlen einem die Worte. „Katastrophal, „fünf vor zwölf“, mit dem Rücken zur Wand“, „unmittelbar vor dem Abgrund“ – sämtliche Beschreibungen für die desolate Entwicklung der kommunalen Finanzen mussten bereits herhalten, und es zeichnet sich keine Besserung ab.“

Meine Damen und Herren,

das ist keine Beschreibung der Haushaltssituation 2010, sondern Originaltext aus der Etatrede des Kämmerers vom 15. November 2001. Dass wir die heutige Finanzsituation im Gegensatz zu 2001 in ganz anderen Dimensionen diskutieren, zeigen zwei weitere Beispiele aus dieser Etatrede. Das Defizit im damaligen Verwaltungshaushalt betrug 680.000 € und die Gewerbesteuereinnahmen fielen von angesetzten 42 Mio. € auf 30 Mio. €.

Stellen Sie sich vor, wir hätten heute 30 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen, dann könnten wir sehr viel entspannter in die Haushalts- und Finanzplanung gehen. Die Differenz zum Ist-Ergebnis von 8.1 Mio. € in 2009 zeigt die ganze Dramatik.

Damals wies der Kämmerer in seiner Rede auf den Unterschied zwischen Erwartung und Prognosen - Thema Orientierungsdaten - und der Realität in den Kommunen hin. Von Kapriolen der Gewerbesteuereinnahmen und politischem Wachstumsoptimismus war die Rede. Die Beschreibung dessen, was als Ursachen erkannt wurde, ist also nicht neu.

Meine Damen und Herren,

die Forderung, die Regelung der Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu ordnen, war schon damals richtig und ist heute dringender notwendig als zuvor.

Wenn selbst Prognosen, die zunächst als richtig betrachtet werden konnten, innerhalb eines Jahres durch eine weltweite Banken, und damit

verbundenen Wirtschaftskrise, auf den Kopf gestellt werden, zeigt das, dass die Zukunft immer weniger prognostizierbar ist.

Dieser Situation muss Rechnung getragen werden.

Die Rahmenbedingungen müssen neu geregelt werden.

Den vom StGB formulierten wichtigsten Punkten schließen wir uns an, als da sind:

- dauerhafte Mitfinanzierung der Soziallasten durch den Bund
- Eingliederungshilfe für Behinderte, Kosten für Unterkunft Langzeitarbeitsloser, Grundsicherung usw. sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und nicht Aufgabe der Kommunen
- Konsolidierungshilfen des Landes z.B. Zinshilfen würden vor dem Hintergrund steigender Kassenkredite Entlastung schaffen.

Meine Damen und Herren,

dies hat Finanzminister Helmut Linssen sowohl in der Presse als auch bei einem Gespräch in Schwerte angeboten.

- der verankerte Konnexitätsgrundsatz muss auf allen Ebenen eingehalten werden
- Modifizierung bzw. Abbau von Pflichtaufgaben und Standards würden Kommunen ebenfalls entlasten.

In Berlin müssen diese Maßnahmen von der „Finanzstrukturkommission“ bearbeitet werden. Da die kommunalen Spitzenverbände erstmalig auf Augenhöhe mitverhandeln, sehe ich durchaus die Chance, eine nachhaltige Lösung im Sinne der Kommunen zu erreichen.

Ziel muss es sein, den Kommunen in der aktuellen Finanzkrise Entlastung zu verschaffen und eine nachhaltige Finanzausstattung zu sichern, die die kommunale Selbstverwaltung stärkt und nicht immer weiter in Frage stellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Kämmerei hat versucht nach allen Regeln der Kunst einen genehmigungspflichtigen Haushalt zu kreieren. Man hatte in den Gesprächen den Eindruck, dass das „Trauma“ Aufsichtsbehörde allgegenwärtig war. Wer heute glaubt mit diesem Entwurf, die Sorgen um das „Morgen“ los zu sein, der irrt gewaltig.

Meine Damen und Herren,

als dienstälteste Fraktionsvorsitzende, habe ich in den 15 Jahren Ratszugehörigkeit noch keinen Haushaltsplanentwurf verabschiedet, der auf solch tönernen Füßen steht, wie der uns heute vorliegende. Die CDU-Fraktion hat sich durchaus mit der Frage auseinandergesetzt, ob man nicht gleich in den „Nothaushalt“ gehen sollte. Wir setzen, wie wahrscheinlich viele hier im Saal, unsere Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung, positive Entscheidungen in Berlin zur Gemeindefinanzierung und auf stabile Zinsen auf niedrigem Niveau. Sollte ein dieser Parameter in die falsche Richtung „laufen“, können wir, um es mit den Worten des Kämmerers zu sagen „die Bücher zuklappen“.

Was wäre die Alternative?

In parteipolitisches Gezänk um Schuld und Verantwortung zu verfallen, wie es ja schon wieder praktiziert wird, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht und trägt zur weiteren Politikverdrossenheit bei. Sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem man immer nur mit dem Finger auf andere zeigt, ist unglaubwürdig und unseriös. Das gilt nicht nur für die Finanzsituation der Kommunen, sondern auch für den Bereich Bildung. Herr Kampmeyer, wenn sie heute erneut auf die jetzige Landesregierung zeigen, dann frage ich: „Was hat denn die rot-grüne Landesregierung in Sachen Bildung vorangebracht? Die schlechte Bildungssituation in NRW stammt aus der Zeit der rot-grünen Landesregierung. Die soziale Ungerechtigkeit beim Zugang zu einer guten Bildung ist, in den von Ihnen als Lösung des Problems propagierten Gesamtschule, nicht besser geworden. Die Instandhaltung öffentlicher Gebäude hat jahrelang unter der schlechten Finanzausstattung Ihrer Regierung gelitten und vieles konnte jetzt mit dem Konjunkturpaket II (6,3 Mio. €) repariert werden. Die Bundes – SPD hat noch 2005 an den Zusagen des Solidarpaktes II festgehalten und dies im Koalitionsvertrag mit getragen, warum stellt man das jetzt in Frage? Ist das seriöse Politik ?

„Wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werfen.“

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 von 8 Mrd. € Zuweisung an die Kommunen, ist der Höchststand in NRW erreicht und selbst in 2010 sind 7,6 Mrd. € der zweithöchste Stand. Davon sind 85 % frei verfügbar, d.h.- wir als Rat entscheiden über die Verwendung. Speziell Schul- und Bildungspauschalen sind um weitere 60 Mio. auf insgesamt 600 Mio. € aufgestockt worden.

Noch nie wurde die frühkindliche Bildung so gezielt unterstützt, wie unter der jetzigen Landesregierung.

Gezielte Förderung, siehe Sprachstandserhebung, Familienzentren, Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Soziale Brennpunkteinrichtungen usw. sind zum Wohle benachteiligter Kinder ausgebaut worden. Von 800 Mio. € sind die Mittel im KiBiz auf 1,28 Mrd. € erhöht worden. Die Betreuung der U 3 Kinder ist endlich auf den Weg gebracht worden.

Meine Damen und Herren,

auch wir würden uns wünschen Kindergartenplätze beitragsfrei stellen zu können. Ich gebe Minister Laschet recht, wenn er sagt, er wolle zuerst die Mittel in bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Angebote für Betreuung und frühkindliche Bildung geben, bevor er eine Beitragsfreistellung finanziert. Qualität, Flexibilität d.h. bedarfsgerechte Angebote kosten nun einmal Geld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD,

ich verstehe ehrlich gesagt nicht, dass sie hier in Bergkamen Beitragserhöhungen beschließen, während ihre Spitzenkandidatin Frau Kraft überall verkündet, Kindergärten beitragsfrei stellen zu wollen. Wie sie es finanzieren will, hört man nicht.

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung hat zusätzlich zu den steuerlichen Einbußen noch die unbeschreibliche Summe von 130 Milliarden € Pensionsrückstellungen zu bewältigen. (Die bleiben auch nach der Wahl noch bestehen) Diese tauchen übrigens in den meisten Diskussionen gar nicht mehr auf.

Wir wissen alle, dass auch in Bergkamen die Zeiten des großzügigen Verteilens vorbei sind.

Die massiven Ausfälle im Jahr 2009

aus Gewerbesteuer -2,6 Mio.€

Anteil Einkommenssteuer – 1,6 Mio.€

Umsatzsteuer – 334 T€

Schlüsselzuweisungen - 965 T€

Zusätzliche Zinsbelastungen + 858 T€ (Rückzahlung Gewerbesteuer)

Pensionsrückstellungen, Vergnügungssteuer, Krankenhausfinanzierung usw. nicht mitgerechnet, zeigen, dass eine solide Finanzplanung immer

schwieriger wird. Die Finanzaufweisungen des Landes werden, selbst wenn sie in Summe weiter steigen, für die einzelnen Kommunen im Ergebnis nicht besser werden. Die berühmten „Tortenstücke“ des Kuchens werden wahrscheinlich eher kleiner.

Meine Damen und Herren,

sollen wir also warten bis die Zeit sich wandelt, oder wollen wir handeln? Der Kämmerer hat richtigerweise zum Handeln aufgefordert. Dafür sind wir von den Bürgern dieser Stadt gewählt worden. Unsere Aufgabe ist es, der Stadt „Bestes zu suchen“.

Jetzt geht es also darum, wie dieses Handeln gestaltet werden soll.

Die CDU-Fraktion wird dem von der Kämmerei vorgelegten Haushaltsplanentwurf mit seinen Anlagen heute zustimmen. Wir tun das nicht, weil wir mit der Vermeidung des drohenden Nothaushaltsrechtes glauben, genug gehandelt zu haben, sondern wir fordern, dass diese zwei Jahre genutzt werden, um endlich Ziele zu formulieren, wo es mit dieser Stadt in der Zukunft hingehen soll. Die Beratung durch externen Sachverstand würde diesen Prozess sinnvoll unterstützen. Diesem Antrag der FDP werden wir zustimmen, da die Prüfung weiterer Einsparpotenziale durch einen unabhängigen Gutachter, insbesondere die Überprüfung von Verträgen mit Dritten, dringend geboten ist. Das daraus entwickelte Konzept muss unter Beteiligung aller Handelnden (Politik, Verwaltung, Bürger, Vereine, Gruppen usw.) umgesetzt werden. Bei der Erstellung dieses „Masterplanes“ darf es keine Denkverbote geben.

Einige konkrete Vorschläge dazu:

Verwaltungsstruktur:

- Reduzierung der Größe des Verwaltungsvorstandes
- Zusammenlegung Jugendamt und Schulverwaltungsamt
- Rechnungsprüfungsamt dem Kreis übertragen
- Interkommunale Zusammenarbeit bei VHS und Musikschule

Jugendhilfe:

- Jugendarbeit enger mit den Schulen verzahnen
- Trägerverein Jugendhilfe gründen (siehe Kamen)
- Projekt „Jugend übernimmt Verantwortung“

Kultur und Stadtmarketing:

- eigene Tourismusgesellschaft oder z.B. Verkehrsverein gründen

Meine Damen und Herren,

gemeinsam würde uns sicher noch vieles einfallen. Von dem was man vielleicht angesichts der Finanznot als „Luxus“ bezeichnen kann, haben wir uns inzwischen verabschiedet, sodass selbst dem Kämmerer vor dem Hintergrund der angekündigten steigenden Kreisumlage von noch einmal 1,7 Mio. zusätzlich in 2011, nur noch der Vorschlag bleibt, das städtische Eigenkapital weiter aufzuzehren. Seit einigen Tagen ergibt sich aber hier scheinbar ein neuer Sachstand. Wie zu erfahren war, hat der Kreiskämmerer seine Kämmererkollegen aus den Kommunen informiert, dass durchaus eine Senkung der Kreisumlage erfolgen könnte. Soviel zur soliden Finanzplanung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

durch die Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes wird der Weg frei für Ideen, die Kosten einsparen helfen, aber Qualität erhalten. Auf der Grundlage der zum Flächennutzungsplan aufgestellten Leitziele müssen Schwerpunkte gesetzt und daraus konkrete Maßnahmen entwickelt werden.

Wenn Kinderbildung , Familien- und Jugendhilfe Schwerpunkte sein sollen, dann kann man nicht um 100.000 € diskutieren, sondern muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass Familien mit Kindern entlastet werden, dass Förderung von Kindern und Jugendlichen, Familienbildung und Schule gut ausgestattet sind.

Wenn ich Senioren in die Gesellschaft mit einbeziehen und ihr Potential nutzen will, ist der Seniorenhilfering ein Anfang, aber die generationsübergreifende Begegnung wird dadurch nicht gefördert. Hier sind gezielt Projekte notwendig, wo „Jung“ und „Alt“ zusammen leben und zusammen arbeiten, wo einer für den anderen Verantwortung übernimmt.

Wenn wir Unternehmen für eine Ansiedlung in Bergkamen gewinnen möchten, müssen wir ihnen den „roten Teppich“ ausrollen. Auch die Erfahrung der bereits angesiedelten Betriebe ist nicht zu unterschätzen. Positive Bestandspflege bleibt innerhalb der Unternehmerschaft nicht unbemerkt.

Wenn Kulturarbeit Schwerpunkt sein soll, um die Lebensqualität und das Image Bergkamens positiv zu stärken, dann ergibt es keinen Sinn hier den

Rotstift anzusetzen - das sollte auch für das Jahr 2012 und darüber hinaus gelten.

Daher auch schon heute unser Antrag zum HSK.

Die beispielhaft aufgeführten Schwerpunkte führen zu zielgerichtetem Arbeiten, zu mehr Transparenz und konkreten Maßnahmen.

Meine Damen und Herren,

jeder an diesem Prozess Beteiligte muss seine Entscheidungen überprüfen, ob sie mit den genannten Zielen und Werten übereinstimmen. Der Bebauungsplan, der Kindergartenbeitrag, das Eintrittsgeld fürs Museum, die Bluesnight, die Streetworkarbeit, Stellenplanentscheidungen usw. müssen unter diesen Rahmenbedingungen gesehen werden.

Die CDU-Fraktion drängt seit Jahren darauf, dass Ziele,

- in Stadtentwicklung (Qualität statt Quantität , Klasse statt Masse)
- in gesunde Sozialstruktur
- in Entwicklung der römischen Vergangenheit
- in präventive Jugendarbeit

- um nur einige unserer Forderungen zu nennen - formuliert und umgesetzt werden müssen.

Endlich hat auch die Mehrheitsfraktion erkannt, dass Einkommensteuereinnahmen etwas mit Sozialstruktur zu tun haben.

Meine Damen und Herren,

nicht die stärksten werden überleben, sondern die, die am besten auf Veränderungen reagieren können. Diese These stammt von Dr. Manfred Kern von der Bayer Cropsience AG und wurde von ihm im Zusammenhang mit der Welternährungssituation aufgestellt. Ich sehe hier durchaus Parallelen.

Wir werden daher den Erhalt der Bluesnight nicht in Frage stellen lassen, keiner Erhebung von Eintrittsgeldern für das Museum und keiner Senkung der Kostendeckung der Musikschule durch die Stadt auf 40% zustimmen. Wir haben der Erhöhung der Kindergartenbeiträge nicht zugestimmt, werden aber den Vorschlag der SPD, was den freiwilligen Anteil an den Betriebskosten der freien Träger betrifft, unterstützen. Da wir von Anfang an den Vorschlag der Verwaltung, nur den Anteil bei den kirchlichen Trägern zu streichen, als nicht gerecht empfunden haben. Die Verwaltung arbeite bereits an der Umsetzung dieser Forderung, so der Kämmerer in der gestrigen Haupt- und Finanzausschusssitzung.

Den vorliegenden Stellenplan, der Stelleneinsparungen von 17 Stellen vorsieht, werden wir mittragen.

Gleichzeitig fordern wir die Umorganisation des Verwaltungsvorstandes und der Amtsleitererebene einzuleiten.

Das alte Bild von den Häuptlingen und den Indianern habe ich schon in früheren Haushaltsreden verwandt. Aus der Presse konnte ich entnehmen, dass sich die Mehrheitsfraktion unserer Meinung anschließt.

Die Fraktion Grüne/GAL legten einen Antrag vor, den wir bereits am 06.12.2007 abgelehnt haben. Unsere Haltung hat sich nicht geändert: Der Energiebericht beschreibt die Maßnahmen der Verwaltung zur Umsetzung und Erschließung von Energiesparpotentialen sowie die Maßnahmen zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II (6,3 Mio.€) haben uns auf diesem Weg enorm weiter gebracht. Hinzu kommen die Anstrengungen unserer Gemeinschaftsstadtwerke im Rahmen des Energiekontraktings als weiterer Beitrag zum Klimaschutz.

Da wir dem Haushalt in der vorgelegten Form, also für die Jahre 2010 und 2011 zustimmen, werden wir konsequenterweise den Antrag der FDP, den Haushalt noch einmal komplett aufzuschnüren, ablehnen.

Die zahlreichen Anträge von BergAUF haben in unserer Fraktion Unverständnis und Ärger hervorgerufen. So kann man keine seriöse Politik machen. Wir lehnen diese Anträge ab.

Meine Damen und Herren,

wie schon angekündigt, werden wir heute den vorgelegten Werken (Haushaltsplanentwurf, HSK und Stellenplan) zustimmen. Dies ist der allgemein schwierigen Finanzlage geschuldet. Wir verbinden damit die klare Aufforderung, die von uns angesprochenen, z.T. übrigens auch von der GPA geforderten Strukturveränderungen, in der Verwaltung einzuleiten und auf der Grundlage der Leitziele zum Flächennutzungsplan und der Ergebnisse der externen Prüfung, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten.

Den Damen und Herren der Verwaltung danke ich für ihr Engagement. Bei den Mitarbeitern der Kämmerei bedanke ich mich im Namen der Fraktion für die sach- und fachgerechte Begleitung während der Beratung.

Mit den Kollegen und Kolleginnen der anderen Fraktionen möchten wir weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten. Wir werden für unsere

Positionen zum Wohle der Stadt Bergkamen und unserer Bürgerinnen und Bürger werben.

Heute möchte ich mich einmal offiziell auch bei meiner Fraktion für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

18.03.2010

Elke Middendorf

-Fraktionsvorsitzende-

Es gilt das gesprochene Wort